

# Arbeiter-Zeitung



Erstausgabe täglich  
Preis: monatlich  
Durch die Post bezogen  
Anzeigenpreis:  
Raum 12 Pf., Vereins- u.  
preis: Die dreizehnen  
70 Pf. — Schluß der An-  
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 550 89.  
**Postexpedition:** Breslau 544, Reibitzstr. 10, Telefon 239 02.  
**Exp. Sektion:** Breslau 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr.  
**Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 28, Telefon 4085; Glatz, Glatz 6, Telefon 2384. Geschäftsjahr: von 8-10 Uhr. Geschäfts-  
hand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schief. Verlagsgesellschaft  
m.B.H., Breslau. — Druck: „Pöppel“-Verlag, Glatz, Trebnitzer Str. 50.

## Ein Gieg des Trustkapitals!

### Diktator Hugenberg übernimmt die Führung der Deutschnationalen

Berlin, 21. Oktober.

Wie T. berichtet, hat die Vertretertagung der Deutschnationalen Partei gestern abend den Geheimrat Hugenberg, Mitglied des Reichstages, zum Parteiführer gewählt. Hugenberg gab die Erklärung ab, daß er die Wahl annehme.  
Dieser Wahl gingen auf der Vertretertagung der Deutschnationalen Partei Kompromißverhandlungen voraus, die auf ein dreiköpfiges Direktorium unter Einbeziehung Hugenbergs zielten. Die Gruppe Westarp lehnte eine Verständigung nach dieser Richtung ab, so daß es zur Abstimmung der einzelnen Kandidaturen gegeneinander kam. Die Stimmenzahl, mit der Hugenberg gewählt wurde, ist vorerst noch nicht mitgeteilt; wahrscheinlich ist sie knapp.  
Diese Wahl zeigt, daß Hugenberg mit Hilfe des ausgedehnten Presseapparats seines Zeitungskonzerns sich über alles Erwarten starke Positionen innerhalb der Deutschnationalen Partei errungen hat. Es gelang ihm, die Spitzen zahlreicher Landesverbände hinter sich zu bringen. Seine Wahl stellt den Sieg des trustkapitalistischen Flügels der Deutschnationalen Partei, der bestimmte extrem nationalistische Stimmungen in der deutschnationalen Mitgliedschaft für sich ausnützte, gegenüber der mehr großagrarischnah orientierten Gruppierung Westarps dar. Westarp besitzt in der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Mehrheit.

Für die kleinen Angestellten in der DMBP. bedeutet Hugenbergs Wahl eine offene Provokation.  
Die Parteikrise in der Deutschnationalen Partei ist mit dieser Wahl Hugenbergs nicht abgeschlossen, sie beginnt mit ihr erst in voller Schärfe.  
Der „Montag-Morgen“ meldet ferner:  
„Die Tagung der deutschnationalen Parteivertretung, die am Sonnabendabend nach der Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden abgebrochen worden war, wurde am heutigen Sonntagvormittag unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt.  
Zunächst gab es ohne wichtigen äußeren Anlaß eine Helferrich-Gedächtnisfeier. Der frühere Minister Wallraf, vorübergehend auch Reichstagspräsident, hielt eine Gedächtnisrede auf den vor 4 1/2 Jahren tragisch ums Leben gekommenen Parteiführer.  
Nach dieser Erbauungsstunde folgten programmatische Reden des neuen Parteiführers Hugenberg und des Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp. Es steht noch nicht fest, ob diese Reden oder Auszüge aus ihnen veröffentlicht werden. Nach dem Arrangement der Tagung ist nicht anzunehmen, daß die Vertreter der mit Hugenberg nicht einverstandenem Richtung noch ausführlich zu Wort kommen werden.“

### Der Betrug an den niederschlesischen Bergarbeitern

In einer „Zuschrift des Bergarbeiterverbandes“, die die Abwürgung des niederschlesischen Bergarbeiterstreiks begründet und in der sozialdemokratischen „Bergwacht“ vom 17. Oktober veröffentlicht wird, heißt es in bezug auf das im Kampf Erreichte wörtlich:  
„Wenn nicht mehr erreicht werden konnte in diesem Kampfe, so liegt das an der schlechten wirtschaftlichen Lage des Reviers und den damit verbundenen Schwierigkeiten.“  
Dieser Satz ist ein bewußtes Verschleißen der niederschlesischen Bergarbeiterschaft. Nicht auf die wirtschaftliche Lage des Reviers, nicht auf die „Armut“ der Grubenbesitzer, nicht auf die „Schwierigkeiten“ kann es geschoben werden, daß nichts erreicht wurde — die vier Prozent Erhöhung des Tariflohnes können nicht als etwas Erreichtes betrachtet werden — sondern weil die Verbandsleitung den Streik von vornherein führte, um die Arbeiterschaft zu betrügen und nicht um die Forderungen durchzusetzen.  
Es ist wiederholt nachgewiesen, daß der niederschlesische Bergbau, genau so wie der übrige deutsche Bergbau, große Gewinne macht. Noch während des Streiks schreibt der „Bergknappe“, daß der Wert der niederschlesischen Förderung im Jahre 1925 65 800 561 Mark und im Jahre 1927 77 471 750 Mark betrug. Die Lohnsumme, einschließlich Urlaubsvergütung und aller übrigen Ausgaben, betrug dagegen 1925 45 953 048 Mark und 1927 49 896 523 Mark. Die Einnahmen der Grubenbesitzer sind also in diesen zwei Jahren um 12 Millionen Mark gestiegen. Die Ausgaben an Lohnkosten und sonstigen aber noch nicht einmal um ganze vier Millionen. Da redet die Verbandsbürokratie von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es nicht zulassen, daß die Bergarbeiterlöhne erhöht werden.  
Für die Oktobernummer des „Kampfes“ habe ich am 6. Oktober, also am fünften Streiktag, einen Artikel geschrieben, in dem ich folgendes sagte:

„Das Verhalten der Leitung des Bergarbeiterverbandes beweist jedoch schon jetzt, daß diese nicht den Streik proklamiert hat, um die Forderungen der Bergarbeiter durchzusetzen, sondern nur um die Empörung der Bergarbeiter abzulenken und den Streik, den sie nicht mehr verhindern konnte, in der Hand zu behalten.“  
Der Streikabbruch hat das von mir damals Gesagte vollkommen bestätigt. Von den Bergarbeiterforderungen ist nicht das Geringste durchgeführt worden. Um die Führung der Bergarbeiter, um die Führung des Streiks, der bei der großen Not der Bergarbeiter unvermeidlich war, in der Hand zu behalten, darum wurde von der Verbandsbürokratie der Streik proklamiert. Duzende von sozialdemokratischen Verbandsreferenten, Schmitt, Hoffmann, Hesse, Raake und wie sie alle heißen, verkündeten in Versammlungen, daß der Kampf geführt wird bis zur restlosen Durchsetzung der 15 prozentigen Lohnerrhöhung. An Hand von Zahlen bewiesen sie den Bergarbeitern, daß die Grubenbesitzer diese Lohnerrhöhung zahlen können und daß sie möglichst ist. Jetzt kommen dieselben Leute und erklären, es konnte nicht mehr erreicht werden, weil die Lage des Reviers es nicht zulasse und weil die Gewerkschaften Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft nehmen müßten.  
Was ist Wahrheit, das was Schmitt und Hoffmann vor und während des Streiks gesagt haben, oder das, was sie bei Abbruch des Streiks sagen? Diese Frage muß sich jeder Bergarbeiter vorlegen. Warum haben dieselben Leute vor 14 und noch vor 10 Tagen das Gegenteil behauptet? Warum haben die Schmitt, Hoffmann u. Co. so radikale Reden gehalten, daß sie von niemandem übertroffen werden konnten?  
Nun ganz einfach. Sie erzählten, daß die 15 Prozent durchgesetzt werden, sie erzählten, daß die Unternehmer das zahlen könnten, sie gebärdeten sich radikaler als die Kommunisten, um sich das Vertrauen der Bergarbeiter zu erschleichen und im geeigneten Moment den Kampf abjubeln, um sich hülfend vor die Unternehmer stellen zu können, um eine wirkliche Lohnerrhöhung zu verhindern. Das ist ihnen gelungen. Die nieder-

## Die Alten an die Jungen

Partei-veteranen aus der Zeit des Sozialistengesetzes für die kommunistische Partei



Berliner Parteiveteranen, die bereits unter dem Sozialistengesetz gekämpft haben.

(Fig. Ver.) Berlin, 20. Oktober.

Gestern abend fand im Karl-Liebknecht-Haus eine von der Partei veranstaltete Feier der alten Parteiveteranen statt, die noch in der Zeit des Sozialistengesetzes den Kampf gegen den weißen Terror führten. Es waren der Einladung 105 Genossen gefolgt, die über 4478 Jahre in der Arbeiterbewegung organisiert sind. Nach einem geschichtlichen Überblick und einem Vergleich der Bismarckschen Schandpolitik mit dem reaktionären Wirken der heutigen sozialdemokratischen Führerschaft durch den Genossen Wilhelm Dieck führte eine Anzahl Genossen Episoden aus den Kämpfen während des Sozialistengesetzes an. Nach Rezitationen, Musikstücken und gemeinsamem Gesang der Internationale fand die Feier ihren Abschluß durch den nachfolgenden

unter ihrer Führung stehenden Front des Klassenkampfes einzureihen, um gemeinsam mit uns die heutige Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten sozialdemokratischen Führer ebenso niederzurufen, wie damals das Sozialistengesetz. Wir rufen alle alten Klassenkämpfer auf,  
sich am Sonntag an der Demonstration im Lustgarten, nachmittags 4 Uhr, zu beteiligen,  
um damit zugleich gegen die Koalitionspolitik der SPD., gegen die Kriegsgesahr und für die Verteidigung der Sowjetunion zu demonstrieren. Gleichzeitig richten wir diesen Aufruf noch an alle jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen. Es lebe der alte revolutionäre Klassenkampf, es lebe die Revolution!

### Aufruf der alten Klassenkämpfer

Die in der kommunistischen Partei organisierten Parteiveteranen richten an alle außerhalb der SPD. stehenden Klassen Genossen, die während des Sozialistengesetzes den Kampf gegen die Bismarcksche Unterdrückungspolitik führten, die Aufforderung, sich der kommunistischen Partei anzuschließen oder zumindest sich der

**Wieder einer!**  
In Heide veruntreute der Sozialdemokrat Dff., der Kassierer des Baugewerksbundes war, 800 Mark aus der Verbandskasse. Außerdem war Dff Mitglied des bürgerlichen Göttempler-Ordens und auch dort Kassierer. Auch diese Organisation hat Dff um Hunderte von Mark durch Unterschlagung geschädigt.



# Der Sozialismus baut seine Welt

Am Dnepr wird das größte Werk Europas gebaut — „Ein Monument proletarischen Machtwillens“

schleichen Bergarbeiter haben ihren radikalen Reden geglaubt. Wo ihnen die Kommunisten schon während des Streiks die Wahrheit sagten, wurden sie mißtrauisch angefaßt. Die Kritik an der Streikführung wurde zum Teil als Eindrück der Einheit im Kampfe empfunden.

Jetzt hat es sich bewährt, daß die Kommunisten recht hatten, als sie sagten: Wollt ihr den Streik gewinnen, dann wählt euch eigene Streikleitungen, dann verlagert die sozialdemokratischen und zentralistischen Sekretäre von der Streikführung und Leitung des Bergarbeiterverbandes. Nur dann werden ihre Forderungen durchgehen. Die Kommunisten haben weiter gesagt: Stellt die Notstandsarbeiten ein und erleichtert nicht durch Fortführung der Notstandsarbeiten den Kapitalisten das Durchhalten des Streiks. Die Bergarbeiter haben sich zu ihm bekennt. Jetzt sind sie um eine Erfahrung reicher, aber auch um eine Enttäuschung. Jetzt müssen sie weiter kämpfen, trotz eines 14tägigen, heldenhaften Kampfes, für denselben Lohn wie vor dem Streik.

Aus dieser Erfahrung müssen die Bergarbeiter die Lehre ziehen, an die Führung des Verbandes, an die Führung von Streikämpfen um Erhöhung der Löhne gehen Massenbewegte, revolutionäre Arbeiter und keine Koalitionsgenossen der Grubenbesitzer. Gustav Sobotta.

## War das Volksbegehren ein Verlager?

Zu dieser Frage nimmt die „Rölnische Zeitung“ noch einmal Stellung und beantwortet sie wie folgt:

„Ob die kommunistische Parteileitung die Aktion nur als eine Generalmobilisierung dachte? — Ueberprüft man die ganze Angelegenheit rein faktisch — Moskau hat es nie an guten Taktikern gefehlt — so kommt man zu dem Schluß, daß hier tatsächlich auf Staatskosten ein ganz großer Parteieppel ausgezogen wurde. War nun dieser Eppel ein wichtiger Verlager? Wir kratzen weiter. Ueber 50 v. H. der gesamten kommunistischen Wählererschaft sind zur Eintragung gegangen, haben die bürokratischen Formalitäten und Unbequemlichkeiten nicht gescheut — und das sollte doch zu denken geben, zumal die Partei über keinen besonders ausgebauten Presseapparat verfügt. Wir sprechen solche Gedankengänge offen aus, weil wir es für unling halten, vor Tatsachen, mügen sie noch so unerfreulich sein, die Augen zu verschließen. Gewiß ist es der Sozialdemokratie gelungen, den Zug nach links vorläufig und nach außen hin abzustoppen. Aber man darf jetzt nicht in den Fehler verfallen, das Volksbegehren von 1926 mit dem soeben getätigten schematisch in Parallele zu setzen. So entsteht ein falsches Bild von der Lage, das niemand nötig, wohl aber zu einer leichtfertigen Auffassung der kommunistischen Gefahr gegenüber geradezu herausfordert. . . . Mit dem Jubel über den angeblichen „kommunistischen Zusammenbruch“ ist es nicht getan.“

Jeder Kommentar zu dieser Neuerung des führenden sozialdemokratischen Blattes erübrigt sich, man muß es den sozialdemokratischen Panikmachern ein wenig unter die Nase halten.

## Ausdehnung des Hamburger Hafnarbeiterstreiks

Hamburg, 22. Oktober. (Fig. Drahtber.) Der Streik der Stauerarbeiter geht weiter. Im ganzen Hafen ruht die Stauererei fast vollständig. Die Schiffs- und Kesselreiniger haben sich dem Streik angeschlossen. Am Sonnabend fand eine gut besuchte Versammlung der streikenden Hafnarbeiter statt. Es waren nicht nur die streikenden Stauerarbeiter in Massen erschienen, auch andere Branchen, Kesselreiniger, Schiffs- und Kesselreiniger hatten Delegationen zur Versammlung entsandt. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Verbreiterung des Streiks beschlossen. Der Kampf der Hafnarbeiter richtet sich gegen die wilde Arbeitsvermittlung, und gleichzeitig fordern die Hafnarbeiter eine zwischen tarifliche Lohnserhöhung. Der sozialdemokratische Polizeikommissar Schönbjelder hat ein ungeheures Aufgebot von Polizei in den Hafen geleitet, das sowohl gegen die Hafnarbeiter wie gegen die streikenden Werftarbeiter gerichtet ist. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ fordert zum Streikbruch auf und hat auch den Einzug der verstärkten Polizeikräfte gefordert. Außerdem verbreitet dieses Blatt die tollsten Lügenmeldungen. So hat es am 19. Oktober behauptet, daß der Streik der Hafnarbeiter zusammengebrochen sei, obwohl sich zur selben Stunde der Streik nur verbreitert hat.

Die Deutsche Verkehrsbund (Hess. Angehörige) hat beschlossen, sämtliche Mitglieder der Branchenleitung „Echenerleute“, die sich für den Streik ausgesprochen haben, sofort ihrer Gewerkschaftsfunktionen zu entheben.

## Reichsanwalt a. D. Dr. Marx tritt vom Parteivorstand des Zentrums zurück

M. Berlin, 20. Oktober. Nachdem durch eine Notiz der „Deutschen Arbeiterzeitung“ die bisher vertraulich behandelte Tatsache bekannt geworden ist, daß Reichsanwalt a. D. Dr. Marx auf der bevorstehenden Delegiertenversammlung des Zentrums seinen Vorzug niederlegen wird, hat Dr. Marx nunmehr die „Berliner“ ermächtigt, festzustellen, daß diese Mitteilung den Tatsachen entspricht.

Diese Mitteilung wird von den Gesundheitsrätlichen begründet, man hat aber den Eindruck, daß Marx auf politischen Gründen zu seinem Entschluß gelangt ist, auf die Führung des Zentrums zu verzichten, um so mehr, als bei den letzten Wahlen des Zentrums diejenigen Zentrumsführer die Mehrheit erhalten haben, die sich für eine Unterwerfung der Großen Koalition ausgesprochen haben.

## Polizetterror in Lodz

Warschau, 22. Oktober. (Fig. Drahtber.) Wie am Donnerstag im Arbeitsministerium in Gegenwart von Untersuchungs- und Gewerkschaftsvertretern festgestellten Schlichtungsversuchungen sind nicht gelungen, daß die von den Arbeitnehmern zu der Sitzung delegierten Schlichter keine Vollmacht hatten, aber die von den Arbeitern bereits abgeschlossene Kompromißformel einer fünfprozentigen Lohnserhöhung zurückzugeben. Angehörige dieser Partei Haltung der Untersuchungsleiter haben sich auch die reformistischen Vertreter der Gewerkschaftsdelegationen, die nach Warschau gegangen waren mit der Absicht, durch die „Arbeiter“ auf eine geringe Lohnserhöhung den Kampf abzublenden, so daß die wesentlichen Forderungen (dreiprozentige Lohnserhöhung) zurückblieben. Die Verhandlungen verliefen daher ergebnislos.

In Lodz herrscht Unruhe, wenn auch nicht formal, der Streik ruhegebrochen. Die Straßen sind von Polizeikräften besetzt, die Polizeikräfte sind nicht zurückgezogen. Gewerkschaften sind verboten, werden sofort von den Polizeikräften zerstreut.

Der bekannte Moskauer Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“, Paul Schaffer, besichtigte die Arbeiten am riesigen Staudamm „Dneprstroj“ und berichtet voller Bewunderung — mit kaum verhehltem Neid über die gigantische Aufbauarbeit u. a.:

„Der Staudamm hat 35 Meter Nutzhöhe und soll im ganzen 60 Meter hoch werden, 700 Meter lang. Der längste dann der Welt, abgesehen von anfangen, der Rekord soll zu werden. Auf der linken Seite eine Schleusenanlage mit drei Kammeren, je 3,6 Meter tief; auf der rechten eine Kräfteanlage. Hier sollen zunächst sieben Turbinen zu je 60 000 Volt aufgestellt werden; später noch weitere sieben. Maschinen dieses Ausmaßes hoffen die Sowjetbetriebe selbst zu bauen. Die deutschen Berater haben Maschinen zu 80 000 bis 100 000 Volt, die ersten dieser Leistung, vorgeschlagen, die amerikanischen waren ursprünglich dagegen. Im ganzen wird es die größte Kräfteanlage Europas werden. Man plant große Aluminiumfabriken und sonstige metallurgische Anlagen. Ist in Sowjetrußland nicht Konsumkraft und Produktionskraft noch fast unermesslich reichhaltig? Die Sowjetregierung sieht sich als Herrin all dieser Möglichkeiten. Wird der Konsumbedarf nicht einer noch so großen Produktion gegenwärtiger Art stets voraussetzen müssen? Auf dieser Ueberlegung basiert, vom wirtschaftlichen Standpunkt, letztlich nicht nur dies außerordentliche Unternehmen, sondern der gesamte Industrialisierungsplan. Daß sie richtig ist, dafür spricht an dieser Stelle die dauernde weitere Verwendbarkeit der meisten Hilfsanlagen des Baus zu sprechen.“

Eine kleinere Anlage zur Herstellung stofflicher Luft zu Sprengzwecken wird weiter nötig sein für den Kiesensteinbruch, um das Material für zwei kolossale Dämme und Mahlanlagen zu liefern, die jetzt zur Betonierung des Staudammes nötig sind. Man wird 700 000 Kubikmeter Schotter zerbrechen. Es gibt ferner große Eiswerke mit den besten modernen Maschinen. Auch sie sollen dauernd arbeiten. So steht in der Bauanlage bereits die beginnende Organisation des dauernden Stromabflusses.

1932 soll alles fertig sein. Was schon ganz vollendet besteht, in abersahend kurzer Zeit, das ist all dasjenige, was im Bereich der Bedürfnisse der Arbeitenden liegt, 11 000 im ganzen.

Sozialistische Energieverteilung, die dem Arbeitenden einen ausgedehnten Vorrang über seine Arbeit gibt als in Europa. Ein schönes, großes, helles Hauptgebäude. Und dann Eiseisen und Straßen mit Säulern und Wägen für die Arbeiter, die Angehörigen, die russischen und fremden Ingenieure und die Direktoren. Ansanlagen sind selbstverständlich. Als idealer Mittelpunkt des ganzen ein ungeheures Speisehaus, mit den modernsten deutschen Maschinen ausgerüstet, wo 2000 Mahlzeiten täglich verabreicht werden können.

Der Durchschnittslohn, zumeist Akkordlohn, beläuft sich auf drei bis vier Rubel. Der tariflich festgesetzte Lohn beginnt mit 1,5 Rubel. Der Akkordlohn beträgt ungefähr die Hälfte der Normallohn, aber der Bedarf der Arbeiter wird zumeist in den Kooperativen gedeckt, zu denkbar niedrigen Preisen.

Wir sehen überall mit größter Energie gearbeitet zu werden, wie nur irgend in Europa. Musterhafte Ordnung auf den Bauwerken. Kein Stück amorphes herumliegendes Material.

Die Führung bleibt unter allen Umständen bei den Russen. (Es arbeiten auch ausländische Ingenieure am Werk. Die Redaktion.) Ob ein Rat angenommen worden ist, erfährt der Ratgeber oft nur, indem er die Ausführung sieht.

Dneprstroj wird bestehen als Monument proletarischen Machtwillens, als ein Reservoir mehr für die Verstärkung der industriellen Arbeiterschaft des Sowjetstaates.“

Man hört durch die Worte dieser Schilderung förmlich die energischen Hammerschläge des siegreichen russischen Proletariats, das seine neue sozialistische Welt baut, dem bürgerlichen Beobachter und den noch zweifelnden Arbeitern einhämmert: „Wir sind unbesiegt, unser Werk wächst, trotz allem! Wer für den praktischen Aufbau des Sozialismus ist, der gehört in unser Lager!“

## Lehrreiche Resultate des Volksbegehrens

Wir erhalten aus Mitteldeutschland einige Resultate der Einzeichnungen zum Volksbegehren, die über das lokale Interesse hinaus allgemeine Beachtung verdienen. Der Vergleich der Einzeichnungen zum Volksbegehren mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen zeigt, daß in diesen Gemeinden die kommunistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen über 20 Prozent oder annähernd erreicht worden sind. Das ist ein Beweis dafür, daß das mitteldeutsche Proletariat sich weder durch den Terror und durch die Drohungen, noch durch die schändliche Heiße der Sozialdemokratie gegen das Volksbegehren abhalten ließ, mit der Einzeichnung gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen der Trutzkönige Mitteldeutschlands und ganz Deutschlands zu protestieren.

Einzeichnungen für das Volksbegehren	kommunistische Stimmen bei der Reichstagswahl	
Hobitz	194	130
Rapitz	151	133
Tollwitz	161	168
Gobdulla	273	308
Altranstedt	274	210
Brudorf	448	471
Zwintschona	232	223
Reesetal	112	102
Rochwitz	62	60
Röllberg	323	303
Tennwitz	250	290
Lettau	458	466

Auch in einigen Orten Mitteldeutschlands, besonders im Waldenburger Streifen, sind ähnliche günstige Resultate zu verzeichnen. Zu dem gestern gemeldeten Resultat von Niederhermsdorf treten noch hinzu:

Einzeichnungen für das Volksbegehren	kommunistische Stimmen bei der Reichstagswahl	
Lehmannsdorf b. Waldenburg	100	70
Sophienau b. Charlottenbrunn	50	55
Charlottenbrunn	48	45

## Ausnahmestand in Madno

Prag, 22. Oktober. (Fig. Drahtber.) Im Wiener Madno-Schloß wurde gestern durch besondere Anordnungen der Ausnahmezustand erklärt. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Streik, ausgedehnt des Wiener Madno-Schloß hat einstimmig beschlossen, für den 21. d. M. eine Reichskonferenz der Betriebsräte aus sämtlichen Revieren der Tschechoslowakei nach Madno einzuberufen, auf der Maßnahmen gegen die Verfolgung der Betriebsratsmitglieder und zur Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks auf alle Reviere beraten werden sollen. Trotzdem der Beschluß über die Einberufung dieser Betriebsratskonferenz einstimmig angenommen wurde, und zwar von allen, auch von den reformistischen Mitgliedern des Streikausschusses in Madno, haben sich gegen die Betriebsratskonferenz und gegen die sozialdemokratischen Presse die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder die Verhinderung, sich an dieser Konferenz nicht zu beteiligen.

## Das Pariser Bauunglück 18 Tote geborgen

Paris, 22. Oktober. Die Räumungsarbeiten an der Straße der Anstaltsstraße von Vincennes nehmen ihren Fortgang. Bis Sonntagabend waren 18 Tote geborgen aus den Trümmern, von denen einer nicht identifiziert werden konnte. Man nimmt an, daß sich noch ein Arbeiter unter den Trümmern befindet. Der Vater des jugendlichen Arbeiters Kille, der 27 Stunden unter den Trümmern ruhte und im Krankenhaus verstarb, hat sich als Privatkläger dem Prozeß gegen den Unternehmer angeschlossen. Die Beisetzung der Opfer wird am Donnerstagvormittag erfolgen.

Zu Beginn des Sonntags fand eine Besprechung zwischen dem kommunistischen und dem Präzidenten des Seine-Departements statt, auf der verschiedene Änderungen in den Bestimmungen für die Barrierebesetzung beschlossen wurden. Der Ausschuss wird auf Befragen des beratenden Verwaltungsausschusses entsprechende Gegenstände im Parlament einbringen.

## Vom Tage

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die aus Anlaß des Denez-Prozesses Anfang des Jahres unterbrochen wurden, sollen, wie die „D.N.Z.“ behauptet, voraussichtlich Mitte November in Moskau wieder aufgenommen werden.

„Gerald“ und „Tribüne“ veröffentlichen längere Berichte aus Paris über die englisch-französischen Verhandlungen zur endgültigen Festsetzung der Reparationssummen und melden Uebereinstimmung, daß die vorläufige Totalsumme auf 52 Milliarden Mark festgesetzt werden soll.

Am Montag beginnt in Berlin die Tagung des Reichsreformauschusses der Landeskonferenz.

Bei den Ausräumungsarbeiten in Vincennes wurden bisher insgesamt 19 Tote geborgen.

Der Inhaber des Bankgeschäfts Goldschmidt und Gadenheimer in Nürnberg, Leo Goldschmidt, ist unter Hinterlassung von 1 600 000 Mark Schulden plötzlich gestorben. Goldschmidt soll sich auch gegen das Depotgesetz vergangen haben.

## Kleine Nachrichten

Ein 14jähriger erkrankt seine drei Geschwister und sich selbst. XL. Warschau, 21. Oktober. In Jarzece bei Wilna wurden in einer Bauernhütte vier erkrankte Kinderleichen von vier bis vierzehn Jahren aufgefunden. Man nimmt an, daß in Abwesenheit der Eltern der 14jährige Sohn zuerst seine drei kleinen Geschwister und dann sich selbst aus Neue erkrankt hat.

130 Reisende im Stara-Planina-Gebirge ausgeplündert. XL. London, 20. Oktober. In dem Bergland der Stara Planina, das die Grenze zwischen Bulgarien und Jugoslawien im Norden bildet, sind noch Raubzüge aus Sofia zahlreiche Raubüberfälle verübt worden. Innerhalb von fünf Stunden wurden von den in den Bergen hausenden Räubern insgesamt 130 Reisende ihrer Kleidung, der Wertgegenstände und des Geldes beraubt. Die ausgeplünderten mußten sich dann auf der Wüste der Straße nach Belgrad auf den Bauch legen. Privat- und Postwagen wurden gleichzeitig beraubt und unschädlich gemacht, um eine Verhinderung der Polizei zu verhindern, bevor die Banditen größeren Vorprung gewonnen hatten.

Einwurfsunglück bei Velfort. XL. Paris, 21. Oktober. In den Textilwerken von Stromanay bei Velfort stürzten drei Stodwerke eines Fabrikgebäudes ein, wobei drei Arbeiter in die Tiefe gerissen wurden. Zwei Arbeiter wurden verletzt geborgen, während der dritte noch nicht aufgefunden werden konnte.

Ein ganzes Dorf niedergebrannt. XL. Paris, 21. Oktober. In St. Pierre de Mesage bei Grenoble gerieten durch die Unvorsichtigkeit zweier Automobilfahrer 15 Häuser in Brand. Die Automobilisten waren damit beschäftigt, Benzin bei brennender Kerze aufzufüllen, als sich eine heftige Explosion ereignete. Von den beiden brennenden Wagen schlugen die Flammen auf ein Haus über, von wo aus sie den ganzen Weiler ergriffen. Infolge Wassermangels mußte man sich auf den Schutz der beiden einzigen noch nicht von der Feuersbrunst ergriffenen Häuser beschränken.

Mordmord in Magdeburg. XL. Magdeburg, 21. Oktober. In der Nacht zum Sonntag ist die als wohlhabend bekannte 66jährige Witwe Maria Lohmann in ihrer Wohnung in der Königsborner Straße ermordet und beraubt worden. Als Täter kommt nach den bisherigen Feststellungen eine Person in Frage, die mit den Verhältnissen und der Vermögenslage der Frau Lohmann genau vertraut gewesen ist.

Eine schwedische Baris gestunken. Vier Personen ertranken. XL. Paris, 22. Oktober. In der Nähe von Sarglans kenterte die schwedische Baris „Valder“. Vier Personen ertranken, während der Kapitän und drei weitere Personen ertranken. Das Schiff sank sofort.

## Umänderung Dresdener Straßennamen

Wie wir nach Redaktionsbeschlüssen erfahren, hat die sozialdemokratische Fraktion im Dresdener Stadtparlament einen Antrag eingebracht, eine Reihe von Straßennamen wie folgt abzuändern: Hohenzollernstraße in Ferdinand-Rassalle-Weg; Kaiser-Wilhelm-Straße in Reichspräsidentenstraße; Kaiserstraße in Karl-Marx-Weg; Adolphplatz in August-Weber-Platz; Bachplatz in Rosa-Luxemburg-Platz und den Schlossplatz in „Platz der Republik“.



Einstimmige Beschlüsse bei den Berliner Arbeiterathleten

Der 4. Kreis (Berlin-Brandenburg) des Arbeiterathletenbundes hielt am 14. Oktober einen außerordentlichen Kreistag ab, auf dem zur Forderung des Bundesvorstandes, Anschließung der Arbeiterathletenvereine an das eingetragte sozialdemokratische Kartell, Stellung genommen wurde.

Der Vorsitzende des Bundesauschusses, Heinrich, gab in seinem Situationsbericht bekannt, daß der Bundesvorsitzende Strumppf auf der Sitzung der Zentralkommission am 13. Oktober sich gegen die Verschlagung des Arbeiterathletenbundes in Berlin und Halle durch die ZK. gewandt habe.

In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, an dem alten Kreistagsbeschlusse, der sich für die Einheit und für das einheitliche Arbeiterportkartell ausspricht, festzuhalten. Eine Reihe von Rednern wandte sich gegen die statutenwidrigen Ausschüsse von Spartaklabeteilnehmern durch den Bundesvorstand des AWB.

In seinem Schlusswort versuchte Heinrich vom Bundesauschuss, das Ausschlußkriterium des Bundesvorstandes gegen die Spartaklabeteilnehmer zu rechtfertigen. Dabei wollte er den Delegierten weismachen, daß die Ausschüsse nicht gegen die Bundestagsbeschlüsse verstößen.

Beschlossen wurde, den Bundesauschuss zu ersuchen, gegen die Ausschüsse der Spartaklabeteilnehmer sofort Stellung zu nehmen. Ein Protest, der sich gegen die Ausschüsse der Genossen Gutmann und Zobel aus dem AWB. wendet, und eine Resolution, in der das von der ZK. eingeführte Berliner Kartell als funktionwidrig angesprochen, die Zurücknahme des politischen Knebelungsvertrages der ZK. und der Spartaklabeteilnehmer verlangt wird, fanden einstimmige Annahme.

Die einmütige Beschlussfassung einschließt sich der fünf anwesenden sozialdemokratischen Delegierten zeigt, daß es den Arbeiterathleten des 4. Kreises ernst ist mit ihrem Bestreben, die Einheit ihrer Organisation hoch zu halten.

Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele für den 28. Oktober:

- 10,00 Wacker I - Dömitz I, Weberspart, Kronig
8,00 Wacker II - Dömitz II, Weberspart, Rupperecht
10,00 Dömitz III - Wacker III, Gröschelwiese, Hecht
10,00 Sil.-Riders I - Freiheit I, Stadion, Kühnbel
10,00 FSB. II - Sil.-Riders II, Weberspart, Knobloch
10,00 Einigkeit III - Sparta III, Mochbern, Sauer W.
8,00 Einigkeit II - Sparta II, Mochbern, Weiß.
13,00 Bormwärts 1. Jgd. - Spielvereinigung Brieg 1. Jgd., Schlachthof, Wartsch
8,00 Einigkeit 1. Jg. - BSC. 1928 1. Jg., Mochbern, Brunert Fr.

Sport vom Sonntag

Zwischenrunde in der Fußballbezirksmeisterschaft

„Südost“-Breslau schlägt VfB. - Brieg 2 : 0 (1 : 0)

Vor einer ansehnlichen Zuschauermenge trafen sich obige Mannschaften zum fälligen Zwischenrundenspiel um die Bezirksmeisterschaft. Mit dem Anstoß von Südost, die gegen Wind und Sonne spielen, entwickelt sich ein flottes Spiel, und sie sind diejenige Partei, die den Ton angibt, so daß es sehr brenzlich vor dem Hellglanz der Brieger aussteht.

Die Bezirksmeisterschaften der Athleten

Sportvereinigung Nordost 03 I Bezirksmeister im A-Klasseheben - Freie Sportvereinigung 1897 II Bezirksmeister im B-Klasseheben - Freie Sportvereinigung 1897 I. Schüler Bezirksmeister im Ringen

Am gestrigen Sonntag trug der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes in der Lehnsturnhalle seine Mannschaftsmeisterschaften im Gewichtheben für Klasse A und B sowie im Ringen für Schüler und Jugend aus.

Serienspiel:

10,00 Süd-Ost 1. Jgd. - West 1. Jgd., Mettenhof, Ulrich G.

Endspiel um die Bezirksmeisterschaft:

14,00 Sturm I - Sieger d. Zwischenrunde, Schlachthof, Winkler Fr.
Einrichter: Kronig (FSB.), Praus (Einigkeit), Quarg (West), Rieger (VfB.), Wohl (Sportfr.), Rudolf (1924). Treffpunkt: 12,45 Uhr bei Großer, Frankfurter Straße 112.

Fußballpartie. Preisschule. Sämtliche Kuraffen Mittwoch 10,30 Uhr in der Seminarturnhalle, Wildstraße, zum Hallentraining. - Schiedsrichter-Vereinigung. Mittwoch zweiter Kurfasabend bei Ripke, Frankfurter Straße 72. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Bezirkskonferenz der Radfahrer. Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet im Breslauer Gewerkschaftshaus (Zimmer siehe Tafel) die Herbstkonferenz des Bezirks I statt.

In Klasse B 2 Mannschaften, die einen Bierkampf beständig Ketten und Stößen sowie heldenmütig dieselben Übungen bestritten. Nach guten Leistungen konnten Sportvereinigung Nordost 03 in der A-Klasse, sowie Freie Sportvereinigung 1897 in der B-Klasse ihre Titel mit Erfolg verteidigen.

Schülerringen: Sportvereinigung Nordost I - Nordost II kampflös für I. Freie Sportvereinigung 1897 I - 1897 II 23:5. Freie Sportvereinigung 1897 I - Nordost II kampflös für 1897 I. Sportvereinigung Nordost I - 1897 II 22 1/2:5 1/2.

Jugendklasse im Ringen: Sportvereinigung Nordost I - Sportvereinigung Nordost II kampflös für I. Freie Sportvereinigung 1897 I - Jugendkraft Gundsels I 28:8. Arbeiter-Athleten-Verein I - Herold I Sakrau 19:9.

Gewichtheben A-Klasse: 1. und damit Bezirksmeister: Sportvereinigung Nordost I 146,2 Punkte. 2. Arbeiter-Athleten-Verein Breslau 102,4 Punkte. 3. Freie Sportvereinigung 1897 I 65,8 Punkte.

Gewichtheben B-Klasse: 1. Freie Sportvereinigung 1897 II 123 Punkte. 2. Sportvereinigung Nordost 03 II 71,7 Punkte. Die Fortsetzung der Kämpfe mit Beginn des A-Klasse-Ringens erfolgt in der Lehnsturnhalle am nächsten Sonntag.

Die Handballspiele fielen gestern aus, da aus Anlaß der sozialdemokratischen Feier der 50jährigen Weiberteiler des Sozialkassengesetzes Spielverbot herrschte.

Arbeiter-Athleten-Bund Bezirk Breslau. Allen Kritik treibenden Vereinen zur Kenntnis, daß am Mittwoch 20 Uhr bei Melzig, Burgstraße, eine Kritikversammlung stattfindet.

Freie Sportvereinigung 1897. Am heutigen Montag 20 Uhr Handballerziehung bei Plante. - Jugendabteilung: Donnerstag 20 Uhr in der Turnhalle Waterloostraße Training.

Sitzung und Abungsstunde der Vereins- und Bezirksschwimmwarte. In Breslau werden am Sonntag, dem 28. Oktober 1928, die Vereins- und Bezirksschwimmwarte zusammentreten.

GREILLING



TYP 5

ein ungewöhnlicher Zigarettenname. Er wird verständlich, wenn man weiß, daß mit dieser Zigarette eine ganz neue Art, ein ganz neuer Typ geschaffen wurde. Typ 5 ist die Standard-Marke, das heißt, das mustergültige Erzeugnis deutscher Wertarbeit.

TYP 5

Die Erzeugnisse Mitteldeutschlands größter Zigarettenfabrik sind nun auch in Schlesien zu haben. Fabriklager: Breslau, Junkernstr. 41/43, Tel. 24097, (Raiffeisenhaus) Generalvertreter: Conrad Przybilka



# Das Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover im Film

Donnerstag und Freitag in den Gewerkschaftshaus- und Kinos

**Bühnenkabinen der Spieltheater im 10. Bezirk.** In der letzten diesjährigen Versammlung, die im Reichshaus in Hildesheim-Gartenstraße abgehalten wurde und unter Leitung des Bundesgenossen Rathmann (Hildesheim) stand, wurden alle Pflichtmänner einer genaue und umfängliche Prüfung unterzogen. 20 Spieltheater nahmen an Techniken sowie an der anschließenden Sitzung teil, die vom Genossen Klein (Helmstedt u. K.) geleitet wurde. Zu Punkt Kritik bemerkte Bundesgenosse Rathmann, daß die Leistungen zufriedenstellend waren, nur die Teilnahme der Vereine-Spielmannschaften, die es am notwendigsten hätten, könnte eine bessere sein. Der Arbeitsplan für das Winterhalbjahr ist ein vielseitiger, denn nicht weniger als 6 Bundesmänner und 4 Pflichtenmänner für Trommler und Pfeifer sowie 3 Bundesmänner für Chor mit Sängern sind zum Lernen vorgesehen. An den Spieltheatern liegt es nun, die technische Leitung auf das tatkräftigste zu unterstützen. Der Bundesgenosse Klein, der das Amt des geschäftlichen Obmannes schon vier Jahre innehat, wurde durch Franz wiedergewählt. An die Stelle des Bezirksleiters, die bisher offen stand, wird der Bundesgenosse Rathmann (Hildesheim) einstimmig gewählt. Die Bezirksleiter der Spieltheater bilden zurzeit 2 Pfeifer und 6 Trommler. Eine Zusammenkunft dieser Spieltheater wird demnächst in Grefsenberg stattfinden.

**Wichtig. Bezirksfrauenkammerstunde.** Vor kurzem fand die Bezirksfrauenkammerstunde statt. Als erstes kam das Geräterücken an die Reihe, das sehr flott von staten ging. Auch war ein Schwimmen genosse anwesend, er konnte uns nach einigen Erläuterungen das Trockenstrimmen beibringen. Dann folgten Musikturnen, gymnastische Übungen, Freilübungen. Zum Schluß noch ein paar Volkstänze. Die Sitzung fand mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichte. 2. Kritik. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab Hdg. Lorenz den Bericht von der Delegiertentagung auf dem Bundesstag. Aus diesem war zu ersehen, daß auch die Frauenbewegung vorwärts schreitet. Weiterhin folgten der Bericht von der Heimwanderung, der viel Severität hervorrief, und ein Bericht vom Bundesgeschäftsführer. Zum Punkt „Kritik“ meldete sich niemand zum Wort. Unter „Verschiedenes“ ermahnte der anwesende Bezirksleiter die Vereine an ihre Pflichten.

**Oppeln. Kartell.** Mittwoch 19 Uhr in der Unfallwache der Arbeiterkameraden im Schützenhaus Sportarteführung. Alle Kartelldelegierten werden hiermit eingeladen.

## Der Schwinkel von der Abschaffung der Todesstrafe

Die Todesstrafe steht im Rechtsauspruch des Reichstages zur Debatte, ihre Abschaffung zu fordern ist ein Bruchstück des sozialdemokratischen Reformers bei der Beratung des neuer Strafgesetzbuches. Doch dieses Bruchstück weist schon heute, am ersten Tag der Aussprache, so viel Risse auf, daß die Sozialdemokratie, selbst wenn ihr Antrag auf Streichung der Todesstrafe im Strafgesetzbuch durchgeht, mit ihm nicht viel Staat mehr machen kann.

**Abschaffung der Todesstrafe in der Hindenburg-Republik?** Ein ausgelegter Schwinkel! Der Reichsjustizminister Raab von der Deutschen Partei, der anders als sein Parteifreund Brod aus im vergangenen Reichstag für die wirkliche Streichung der Todesstrafe sich erklärte, unterstreicht gleichzeitig mit aller Deutlichkeit, daß durch die Abschaffung der Todesstrafe für Mörder die Todesstrafe keineswegs ganz abgeschafft sei. Sie bleibt bestehen in den übrigen Strafgesetzen, im Republikstich- und Sprengstoffgesetz. Sie kann jederzeit mit Artikel 48 der Reichsverfassung durch Ausnahmegesetz wieder eingeführt werden. Auch wenn also in Zukunft Mörder nicht mehr hingerichtet werden sollen

die Todesstrafe gegen revolutionäre Arbeiter bleibt. Ein neuer Versuch kann jederzeit wieder erschossen werden. Für die Sozialdemokraten, für ihren Redner, den „linken“ Kurt Rosenfeld, war es bezeichnend, daß er mit keinem Wort auf diese Erklärung des Justizministers einging. Der Artikel 48 der Reichsverfassung, der dem bürgerlichen Staat das Recht des weißen Terrors gegen das revolutionäre Proletariat gibt, existiert für ihn nicht, der „Kulturgründen“ die Abschaffung der Todesstrafe fordert. Der selbe Kurt Rosenfeld, der über die Kulturlosigkeit der Todesstrafe meinte, hat es am Tage vorher fertig gebracht, gegen einen vom Genossen Klegand er begründeten Antrag zu sprechen, nach dem Strafen überhaupt nicht mehr verhängt werden sollen, sondern gegen Verbrechen nur mit sozialen Maßnahmen angeknüpft werden soll. Von der Massenbedingtheit des Verbrechens und damit von der Notwendigkeit, statt mit Strafen mit Besserungsmahnahmen gegen es vorzugehen, hat Kurt Rosenfeld keine Ahnung mehr. Genosse Hillein begründete den kommunistischen Antrag, der nicht nur die Streichung des Wortes „Todesstrafe“ im Gesetzentwurf fordert, sondern ganz allgemein die Abschaffung der Todesstrafe verlangt. Genosse Hillein wies darauf hin, daß bisher nur der Reichsjustizminister für seine Person über die Todesstrafe gesprochen habe, daß aber bis heute eine Stellungnahme des Reichstages über die Befreiung der Todesstrafe nicht vorliegt. Die Beschlässe über den Panzerkreuzer waren eiliger. Genosse Hillein wies weiter darauf hin, daß bisher die preussische Regierung unter der Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sich gegen die Befreiung der Todesstrafe ausgesprochen hat und daß bisher von

einer Verringerung ihrer Stellung nichts bekannt geworden sei. Der preussische Vertreter im Ausschuss schwingt sich aus. Die Rede des Genossen Hillein unterbrachen die Sozialdemokraten mit mütenden Applausen. Sowjetrußland war das Stichwort der englischen Dittmänner. Genosse Hillein fertigte sie ab. In der Sowjetunion herrscht die Mehrheit der Bevölkerung. Sie verteidigt sich gegen die Konterrevolutionären Anschläge einer Minorität. Zur Sicherung der sozialistischen Aufbaues muß sie auch mit den Mitteln des Todes gegen die Konterrevolutionären Anschläge sich verteidigen. Im Hindenburg-Deutschland dagegen herrscht eine Minorität von Truskapitalisten über die ungeheure Mehrheit des Volkes und nutzt zur Verteidigung ihrer Herrschaft gegen die proletarische Revolution auch die Todesstrafe. Die Sozialdemokraten, indem sie die Proklamierung des Justizministers nicht nur mitmachen, sondern unterstützen, geben die Todesstrafe aus politischen Gründen in die Hand des Staates, in dem das Truskapital gegen das Proletariat regiert. Der Vorsitzende des Ausschusses, Professor Rahl, einer der letzten Vertreter der klassischen reaktionären Strafrechtsschule, will für die Abschaffung der Todesstrafe beim Mord stimmen, wenn durch Gesetzesbestimmung festgelegt wird, daß ein verurteilter Mörder nicht in Freiheit gesetzt werden könne. Gegen die Abschaffung der Todesstrafe kennt dieser Professor nur den Ausweg der Unmenschlichkeit einer lebenslangen Einsperrung. Bezeichnend war für alle diese Herren Bürger, daß sie gegen die Todesstrafe aus politischen Gründen nach Artikel 48 kein Wort einzuwenden hatten. Am Dienstag Fortsetzung der Debatte.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau**
    - Stadteil Nordost, Montag 20 Uhr kombinierte Versammlung von Partei und K.F.V. bei Köhner, Uferstraße. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt.
    - Stadteil West, Dienstag 19.30 Uhr Fortsetzung der Generalmitgliederversammlung in den Gambriusgässen, Lange Gasse. Referent: Genosse Vogt-Berlin.
  - Kommunistischer Jugendverband**
    - Breslau**
      - Generalmitgliederversammlung Montag 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße 2. Mitgliedsbücher mitbringen. Sehr wichtige Tagesordnung. 38 Vertreter anwesend.
      - West, Dienstag 20 Uhr Heimbabend im „Anglerheim“, Leuthenstraße.
    - Jung-Partialis-Bund**
      - Breslau**
        - West, Dienstag 17 Uhr Ueben der „Roten Flieger“ in „Stadt Ramsau“.
      - Noter Frontkämpfer-Bund**
        - Breslau**
          - Aufnahmehunderstunde, Dienstag 20 Uhr im „Roten Löwen“, Kupferstraße.
          - West 1, Montag 20 Uhr Generalmitgliederversammlung bei Wolff, Königsgräber Straße.
          - West 2, Montag 20 Uhr kombinierte Versammlung von Partei und K.F.V. bei Köhner Uferstraße. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt.
          - West 3, Heute 19.30 Uhr Kameradschaftsabend in der „Stadt Ramsau“, Mathiasstraße 211. Wichtige Tagesordnung.
          - West 4, Fr. 19.30 Uhr General-Mitgliederversammlung in den Gambriusgässen, Lange Gasse. Wichtige Tagesordnung. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt. Ref.: Kamerad Bollweber.
        - Noter Frauen- und Mädchenbund**
          - Breslau**
            - West 1, Montag 19.30 Uhr Funktionärsitzung, Freiburger Straße Nr. 17, III. Außerdem erscheinen alle Theaterpielerinnen.
            - West 2 und 3, Dienstag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend bei Köhner, Uferstraße.
          - Sonstige Organisationen**
            - Freiburg, Metallarbeiter-Jugend, Dienstag 20 Uhr Jugendabend im „Blücher“ (Rebenzimmer). Vortrag des Kollegen Hegel-Schneider-Breslau. Alle Jugendfreunde haben zu erscheinen!
            - Freiburg, Deutscher Holzarbeiter-Bund, Dienstag 19.30 Uhr im „Blücher“ Mitgliederversammlung.

### Vereinigte Theater

Lobe-Theater	Thalia-Theater
Von Sonnab., den 20. 10. bis Sonnabend, den 27. 10. täglich 20 Uhr Uraufführung Die Tage der Geschwister Turbin von M. Bulgakow	Von Sonnabend, d. 20. 10. bis Sonnabend, den 27. 10. täglich 20 Uhr Zum 1. Male Oelrausch von Jod. Garde

### Schauspielhaus Stadt-Theater Breslau

Operettenbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 86300

Täglich 20 Uhr

Montag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie D 4 Der Barber von Sevilla	Dienstag, 19.30 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie F 4 Carmen
---	--

### Die Herzogin von Chicago

Musik von Emmerich Kalman

### Genossen werbt für eure Presse!

Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt

### C. Heymann

Restaurants-Verficherung  
Ueberführung  
und Feuerbestattung

Alte Markt. 97. Zweiggeschäft Orde-  
scheuer Str. 67. — Tel. 58747

## Bade dich gesund in Breslauer Hallenschwimmbad

## Erotik und Spionage in der Etappe Gent

Die zweite Tat, die dieser Hofbaurat in Gent vollbrachte, bestand darin, daß er ein besonders schönes Bildnis seines Kamensvetters, des Feldmarschalls, ordentlich in die Augen fallend auf seinem Schreibtisch aufstellte und mit Blumen und Immergrün bekränzte. Er behauptete nämlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß er ein Verwandter dieses bekannten Generals sei, und wenn er irgend jemand diesen Bären ausband, so vergaß er niemals, seinem Aienenspiel den Ausdruck des nur mit Mühe unterdrückten Bedauerns zu geben, das er darüber empfand, daß er als „Verwandter dieses Großen“ trotzdem das Beilchen, das im Verborgenen blüht, spielen mußte.

Das dritte Heldentat, das ihm gelang, bestand in dem vollständigen „Einwideln“ des Leutnants Anzerejewski aus Berlin-Zempelhof, der der Baudirektion 4 als Adjutant attachediert war. Dieser dickköpfige Herr, der auf den Genter Straßen alle Landburksleute wegen angeblich schlechten Grünsens brüllend zur Rede stellte, hatte nämlich die Weisheit auch nicht mit Köpfeln gegessen, und er eignete sich darum vorzüglich zu dem Werkzeu, mit dessen Hilfe der Intrigant und Streber Wadenjen den Leiter der Abteilung I abzusetzen vermochte.

Das war der alte und kluge Regierungsrat von Benz aus Posen, der seinen treuen Familienstamm damit beglückte, daß er seine alltägliche Tätigkeit nach Flandern kommen ließ und dort in einer von der deutschen Herrscherhaltung betriebenen Käsefabrik unterbrachte, so daß sie gut aufgehoben und den seinen Fleischklappen der Etappe recht nahe war.

Genosse Reichstagsabgeordneter Vogt... (Continued from previous page)



Wilhelm Liebknecht und das Breslauer Proletariat

Ein Brief aus der Zeit des Sozialkängesetzes

Von Dr. Kurt Richter, z. Z. Ostau

Trotz Bismarck-Roske-Müller
Als gestern die Sozialdemokraten zur Julius-Buch-Bundgebung gingen, wurden sie unermüdlich daran erinnert, daß die Kultur- und Frauen-Exposition eines Bismarcks in der Revolutionszeit von sozialdemokratischen Führern übernommen wurde.

Nachdem der Verursacher-Rahmensport im letzten Jahre durch die großen Schließungen der Sechstagerwerke reichlich kompensiert war, hätte man eigentlich annehmen können, daß die Zeiten des Massenbeschäftigungsberufes vorüber wären.

Ein Meineid?

Im April wurde der Domänenpächter Konne aus Groß-Helsau auf der Heimfahrt mit seinem Fuhrwerk überfallen. Der Diebstahl lenkte sich damals auf den Adersfurter Franz Soffe.

Neun Unterrichtskurse der Arbeiter-Samariter

Die Tatsache, daß im Jahre 1924 400 000 Unfallverletzten über Betriebsunfälle erstattet wurden, die die ungeheure Zahl von 7500 Todesfällen registrierten, sollte ganz besonders der werktätigen Bevölkerung vor Augen führen, daß eine Unfallverhütungspromaganda allein nicht genügt.

Jedem Arbeitkollegen wohnt der Trüb inne, in solchen Fällen zu helfen, aber mit dem guten Willen allein ist es nicht getan, der Helfer muß auch über die Funktionen des menschlichen Organismus und über die Fertigkeiten der ersten Hilfeleistung einiges wissen.

Dieses Wissen will die Arbeiter-Samariter-Polonne Grp. Breslau auch im kommenden Winterhalbjahr den weitesten Kreisen der werktätigen Bevölkerung zugänglich machen.

Die Illusionen der deutschen Bourgeoisie, mit dem Sozialkängesetz die deutsche Arbeiterbewegung in Grund und Boden zu stampfen, wurden zum erstenmal vom Breslauer Proletariat grausam zertrümmert. Innerhalb einer kurzen Zeit bewiesen die Breslauer Arbeiter bei verschiedenen Gelegenheiten, daß die Antwort auf das sozialdemokratische Abgeordneten Votum im Reichstage auf das Geringste: "Wir pfeifen auf Ihr Gesetz", die einzig richtige gewesen war.

In einer Versammlung, die katholische Arbeiter, Zentrumsmitglieder, einberufen hatten, traten auch Vertreter der Sozialdemokratie auf, unter ihnen Justus Krüger, der einen Brief Wilhelm Liebknechts an Hasenclever vorlas.

Mittwoch, 18. Juli Abends.

Lieber Freund! Wie wir schon heute Morgen vermutechten, ist es mir in der Tat nicht möglich, zur Wahlkutsch nach Breslau

zu kommen. Ich muß heute Abend in Hamburg sein, und wenn ich auch Freitag Abend schon von Breslau abfähre, so komme ich doch nicht mehr rechtzeitig dort an, abgesehen davon, daß ich noch viele andere Dinge zu erledigen habe.

Unsere Wahlkämpfer - das Rad der Breslauer seit dem Inkrafttreten des Sozialkängesetzes!

Diesmal in den letzten 3 Monaten haben sie die Räder der Partei gerichtet, gewaltem im Ringen für Krüger's Kandidatur, dann bei dem Begräbnis unseres kühnen Kämpfers und endlich am Dienstag vor 8 Tagen. Und nun übermorgen ist der 18. Tag des Proletariats.

Die Breslauer haben sich so trefflich bewährt, daß jeder Zweifel die abschlechtigste Verleumdung wäre; die hohe Bedeutung der Wahl des 18. wird die Kräfte eines jeden verdoppeln, jeden zur höchsten Kraftanstrengung anspornen.

Übermorgen werden meine heißesten Wünsche die Breslauer Genossen an die Wahlurne begleiten. Das sag' ihnen!

Mit sozialdemokratischem Gruß Dein W. Liebknecht.

halb sie in verschiedenen Stadtteilen an verschiedenen Wochentagen 9 Unterrichtskurse veranstaltet, damit jedem Gelegenheit geboten ist, einen dieser Kurse zu besuchen.

Dienstag, den 23. Oktober, in der Volksschule Jahnstraße; Leitung: Dr. med. Schmörel.

Dienstag, den 23. Oktober in der Volksschule Lauenklienstraße 84; Leitung: Dr. med. Herbert Pöppmann.

Mittwoch, den 24. Oktober, in der Volksschule Rosenstraße; Leitung: Dr. med. Mallisch.

Mittwoch, den 24. Oktober, in der Ev. Volksschule Breslau-Lissa.

Mittwoch, den 24. Oktober, im Lokal von Langwitz, Breslau-Meulirch (kein Trinkzwang); Leitung: Dr. med. Lewin.

Freitag, den 26. Oktober, in der Volksschule Fürstenstraße; Leitung: Dr. med. Seidenberg.

Freitag, den 26. Oktober, in der Volksschule Sabowstraße; Leitung: Dr. med. Kuben.

Mittwoch, den 24. Oktober, in der Ev. Volksschule Breslau-Humboldt; Leitung: Dr. med. Krowatz.

Für Jugendliche beiderlei Geschlechts beginnt ein Kursus am Dienstag, dem 23. Oktober, in der Aula des Ziminger-Gymnasiums; Leitung: Dr. med. Bloch.

Die Anmeldung der Teilnehmer wird am ersten Unterrichtsabend entgegengenommen.

Straßenbahn-Zusammenstoß

Am gestrigen Sonntag hat sich in den Abendstunden an der Gds. Platten- und Kaiserstraße ein schwerer Zusammenstoß ereignet. Ein von der Fürstenbrücke kommender Zug der Straßenbahnlinie 21 fuhr in den ersten Anhängewagen eines Zuges der Hauptbahn.

Werbt für Partei und Presse!

Theater und Kino

„Die Lage der Geschwister Turbin“

Uraufführung im Lobe-Theater.

Das von dem Russe Bulgakow verfasste Drama „Die Lage der Geschwister Turbin“ wurde 1926 am Moskauer Künstlertheater mit großem Erfolg aufgeführt. Am vergangenen Sonnabend erlebte es im Lobe-Theater seine deutsche Uraufführung.

Drei Geschwister: Alexei, Nikolka, Jelena. Jelena ist mit Talberg, Oberst im russischen Generalstab, deutscher Offizier, verheiratet. Alexei ist Kommandeur der russischen Weißgardisten.

Die Weißgardisten halten das Gymnasium besetzt. Die Nachricht von der Flucht des deutschen und russischen Stabes kommt. Das Häuflein schlecht bewaffneter Fahnrüch soll gegen die hundertfachen Übermacht Petljuras kämpfen?

bleibt, feuert zwei Schüsse auf die Petljura-Banden ab und wird niedergestreckt. Nikolka hüpfte sich von der Treppe und trägt eine schwere Verletzung davon.

Petljuras Banden brandschagen. Juden werden gefoltert und getötet, Handwerker ihrer letzten Habe beraubt, Frauen und Mädchen vergewaltigt, ganze Familien gehängt.

Unzweifelhaft sind das Spießbürgertum (Hausbesitzerhepaar Wassiljka) und die leichteren, liebenden, politisierenden, haltlosen Intellektuellenkreise treffend geschildert.

Reim in der Rolle des Kommandeurs war insbesondere in der Gymnasiumsjene in seinem Element. Theresie Thiesler als Spielleitungsfrau und Weibchen war vielleicht zu deutsch, d. h. ein- und oberflächlicher als eine Russin in dieser Rolle.

mühte einen Grad weniger komisch wirken. Förster und Käte Habel-Reimers hatten eine äußerst bankrotte Rolle, deren Wirtung fabelhaft war. Die Foltergenossen waren vielleicht zu wenig brutal und gräßlich, die Schüsse bei der Erstürmung des Gymnasiums zu laut.

Thalia-Theater. Delrausch. Eine gut ausgelegene wirksame amerikanische Komödie von J. A. Barrie behandelt in drei Akten den Gründungsstimm und Delrausch eines Phantasten, der einem Gaunerpaar auf den Leim geht, sich nicht existierende Delferler anbietet.

Primus-Palast

Auf der Hubenstraße ist ein neues, sehr gut ausgestattetes Kino eröffnet worden. Es trägt den Namen Primus-Palast. Das Programm bringt zwei Filme „Der Tanz der Wölfe“ und „Sommer der Sehnsucht“.

Die Veranstaltung der Rundfunkgruppe der Deutschen Arbeitergenossenschaft am Spinnabend in Rietener „Rügerpark“ war ebenfalls ein großer Erfolg.



# Waldenburger Bergland

## Zwei Bergleute verunglückt

1927. In der Nacht zum Freitag ging auf dem Tiefbauschacht beim Aufstehen eines Abbaues der Strebhau im S. Flöz plötzlich ein Bruch. Dabei wurden die dort arbeitenden Bergleute Reissner und Bartel von der Kufenwelt abgeschnitten. Sie konnten sich jedoch durch Klopfschellen noch mit der Kufenwelt verhängen. Die Rettungsarbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, waren nach mehrstündiger Dauer heute früh von Erfolg begleitet. Beide Bergleute konnten ohne Verletzungen wohlbehalten geborgen werden.

## Bessere Spenden für die am Bergarbeiterstreik Beteiligten

Nachstehend Verzeichnete stellen den streikenden Bergarbeitern Naturalien und Vorräte zur Verfügung: Fahrradgeschäft Schubert 50 Liter Milch, Drogerie Groß 200 Stück Gutscheine auf Seife, Tischlermeister Springer & Co. 25 Brote, Fleischermeister Klingberg 25 Pf. Butter und Speck, Rutscher Kluge 5 Brote, Friseur Scholz 10 Mark, Kaufmann Rathel 25 halbe Pfund Margarine, Bäckereimeister Kauf 20 Brote, Albert Eichner, Bergstraße, 1 Kasten Schnittwaren, Schuhmachermeister Lante 12 Paar Filzschuhe, Ungenannt 12 Paar Strümpfe und 10 Dagen Wolle, Schneidermeister Andersch 10 Pfund Margarine und 20 Brote, Kaufmann Gattwig 20 Meter Wadengewebe, Fleischermeister Fiebig 20 Stück Fleischwaren, Kaufmann Grieger 20 Meter Hemdenkanten, Kaufmann Gieseler 1 großer Posten Tabak, Friseur Kunisch 10 Mark, Friseur Gebauer 10 Mark, Grünzughandel Egner & Co. 7 1/2 Zentner Kartoffeln, Herr Verstein 5 Mark, Kaufmann Rabler, Walter Keil, Mathai Tabak, bei Geschäftskleuten gesammelt 15 Mark, 2 Pack Kaffee, 5 Pfund Margarine, 2 Brote, 5 Pfund Makkaroni, Bauarbeiter Langwaller 18 Mark, Kaufmann Gieseler 10 Brote, von Pinchowsky je Tag 5 Brote, Ungenannt 10 Mark, Dr. Grütner 5 Mark, Dr. Ulrich 5 Mark, Gastwirt Fiebig 10 Brote. Allen Spendern besten Dank. — Streikleitung Rieder-Altwasser.

**Vom Jage erfaßt.** Auf der Bahnstrecke Bad Charlottenbrunn bis Lannhausen ereignete sich ein Unglücksfall. Der verheiratete Bergbauer Käfer aus Charlottenbrunn wurde beim Ueberschreiten des ungeschützten Bahnüberganges am Karlsruhain plötzlich von einer Lokomotive erfaßt, deren Geräusche er nicht bemerkt hatte. Er wurde zu Boden geschleudert und schwer verletzt. Der Verunglückte mußte sofort ins Knabenschastlazarett überführt werden, wo er besorgniserregend darniederliegt. Nach später eintreffenden Meldungen ist Käfer nunmehr seinen Verletzungen erlegen.

**Reichheim.** In der Tragödie im Hause Hanke wird uns ergänzend mitgeteilt: Der Bergmann Raffert hatte die Frau des Grubenschreibers Ende aufgelauret, sie zu Boden gezogen, sich mit aller Gewalt auf sie gelegt und eine fertiggemachte Sprengstoffpatrone, die er zwischen sich und die Frau drückte, zur Entzündung gebracht. Die hinzueilenden Hausbewohner fanden beide in einer Blutlache liegend vor. Dem Raffert war ein Arm abgerissen und hing am Treppengeländer. Der Tod trat sofort ein. Der Frau wurde ein Bein abgerissen und das andere schwer beschädigt. Sie verstarb im Lazarett. Da die Frau schon lange Zeit von Raffert umworben wurde, die ihn aber scharf abgewiesen hatte, entschloß sich Raffert, sie mit sich ins Grab zu ziehen, indem er die fürchtbare Tat beging.

## Freiburg

**Achtung, Metallarbeiter!** Mittwoch, den 24. d. M., 19.30 Uhr, im „Blücher“ in Bolzitz Metallarbeiter-Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Referat Kollege Timm-Breslau über die Invalidenversicherung im DRS, Wahl der Delegierten zur

# Niederschlesien

## Görlitz

### Ihro Oberhagen spricht über den Schacht-Prozess

Wohl selten ist die Propaganda gegen die Sowjetunion, gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat in so gehässiger Form von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse geführt worden, wie anlässlich des Schacht-Prozesses.

Der internationale Kapitalismus, der seit Bestehen der Sowjetunion kein Mittel unversucht gelassen hat, um die Weiterentwicklung der russischen Wirtschaft und damit den Aufbau des Sozialismus zu hindern, ging letzten Endes dazu über, durch Bestechung von fremden und russischen Arbeitern und Angestellten zu seinem Ziel zu gelangen. In allererster Linie versuchte er das in den Hauptindustriegebieten, besonders im Donzbecken, dem Hauptkohlenrevier der UdSSR. Hier gelang es der Sowjetregierung, einzugreifen, und die Wählerereien gegen das Sowjetsystem und die Sabotageakte gegen das russische Wirtschaftsleben durch Festsetzung der Schuldigen zu unterbinden. Den Saboteuren wurde vor aller Öffentlichkeit, unter dem Vorwurfe der gesamten kapitalistischen Presse und ihrer sozialdemokratischen Helfer, aber mit einmütiger Billigung der gesamten Arbeiterklasse, der Prozess gemacht.

Der „Bund der Freunde des neuen Rußland“ betrachtet es als seine Hauptaufgabe, die Wahrheit über Rußland zu verbreiten und auf die der UdSSR drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Auf Veranlassung des Bundes spricht im Verlauf dieser Woche in Görlitz, Riesa, Penzig und Lauban der Bergarbeiter und ehemalige Betriebsrat der Kruppwerke Theo Oberhagen-Effen über den Schacht-Prozess. Oberhagen war von der Zeitschrift „Die Einheit“ als Berichterstatter nach Moskau entsandt worden und hat dem Prozess von Anfang an beigewohnt.

Wir verweisen im übrigen auf die Bekanntgabe der Veranstaltungen im Infortenteil unserer morgigen Ausgabe und empfehlen allen unseren Lesern, diese Veranstaltung zu besuchen und auch in ihrem Bekanntenkreise für den Besuch lebhaft Propaganda zu treiben.

## Grünberg

### Das Grünberger Wohlfahrtsamt verteidigt sich

Das Grünberger Wohlfahrtsamt schreibt uns: „Sie haben in der „Arbeiter-Zeitung“ wiederum einige Artikel gebracht, die sich mit unserem Wohlfahrtsamt befassen, und zwar: 1. in Nr. 206: „Das Grünberger Wohlfahrtsamt in der sozialen Fürsorge“; 2. in Nr. 221: „Wieder das Wohlfahrtsamt“; 3. in Nr. 222: „Das Grünberger Wohlfahrtsamt stellt die Invalidenrente ein“.“

In 1: Es ist unrichtig, wenn in dem Artikel behauptet wird, die Stadt sei nicht berechtigt, gezahlte Wohlfahrtsunterstützungen später zurückzufordern. Das Gegenteil ist in den gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich geteilt. Die Grünberger Wohlfahrtsverwaltung wendet diese Bestimmung weithin an.

In 2: Der Arbeiter Willi R. ist nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis vom Wohlfahrtsamt nicht abgewiesen worden, sondern hat,

Bezirkskonferenz usw. Wir fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist zur Kontrollzwecke mitzubringen.

## Landeshut

**Reichhennersdorf.** Verächtlich. Zu dem Artikel in der Nummer vom 18. September „Was ist in Reichhennersdorf los?“ wird uns geschrieben: Zur Verächtlichung auf den Artikel vom 18. September 1928 „Was ist in Reichhennersdorf los?“ wird seitens des Gemeindevorstandes Reichhennersdorf erwidert: 1. Gemeindevorsteher und Schöffen können ihren Austritt zurücknehmen, solange zwischen

# Kreistagsitzung Landeshut

## Kommunisten fordern Hilfe für die Streikenden — Sozialdemokraten lehnen ab und lügen in der „Bergwacht“

Verpölet geht uns folgender Bericht von der Kreistagsitzung Landeshut zu: Die Kreistagsitzung am 17. Oktober, die zwecks Verächtlichung der nunmehr fertiggestellten Straße Gaaßlau-Liebersdorf in Liebersdorf stattfand, besaßte sich neben dem Erlaß einer neuen Wertzuwachssteuerordnung, der Zulassungsgenehmigung zur Jagdsteuerordnung, mit dem Verkauf der Kreisgüter Nr. 14 und 17 an die Landwirtschaftskammer und der Kaufanfertigung des Hauses der Schreibendörfer Straße, sowie mit Wahlen von Schiedsmännern für die Schiedsmannbezirke, Wahl der Vertrauensmänner zwecks Bildung der Schöffen- und Geschworenenliste bei den Amtsgerichten Landeshut, Liebau und Schönbach, sowie der Wahl von drei Kreisvertretern in die Interessenvertretung für den Biber. Zu einer längeren Aussprache führte der geplante Verkauf des Kreisgutes Nr. 14 mit einer Gesamtfläche von circa 150 Morgen Land an die Landwirtschaftskammer zwecks Errichtung einer Grünlandhochschule. Die ungünstigen Ertragsergebnisse auf den bodenarmen steinigten Höhen unseres Kreises sollen durch Umstellung auf die Grünlandwirtschaft gehoben werden; darum die Errichtung einer Grünlandmusterschule mit Lehrschule. Genosse Brüdner beantragte, nicht nur die günstiger gelegenen Gelände des Kreisgutes Nr. 14 zu Verkaufszwecken zu verkaufen, sondern auch, um den kleineren, gedrigeren und mit schlechteren Bodenverhältnissen ringenden Landwirten des Gutes 17 mit circa 40 Morgen der Landwirtschaftskammer zum Kauf anzubieten. Von dem Ergebnis dieser Versuche wird es abhängen, ob eine Umwandlung auch der kleinen Besitzungen in Grünlandwirtschaft angebracht erscheint. Die geradezu unpastierbar gewordene Straße in Schreibendorf soll nun endlich, nachdem die Einsprüche der Schad- und Konforten mit Zwangsenteignungen hinfällig geworden sind, durch Pflasterung und Chauffierung in Ordnung gebracht werden. Genosse Brüdner beantragte, den Straßenbau durch das Kreisbauamt ausführen zu lassen, mit der Bedingung der Zahlung tariflicher Löhne. Er vermahnte dabei darauf, daß die Arbeiter der Firmen Weiner und Stod am Straßenbau Liebersdorf erst durch das Arbeitsgericht in Landeshut ihre tariflichen Ansprüche erlärmpfen mußten und die Arbeiter der Firma Stod heute noch auf das ihnen zustehende Auslösungsgeld warten. Nach eingehender Aussprache wurde dann auch beschlossen, in Zukunft in Schreibendorf wie in Albenorf Tariflohn sowie evtl. Auslösungsgeldern den Arbeitern in den Verträgen mit den ausführenden Firmen durch den Kreis-ausschuß sicherzustellen. Außerhalb der Tagesordnung stellte Genosse Brüdner den Antrag, die bereits in früheren Tagungen durch ihn (nicht, wie der Bergwachtberichterstatteur Schiller läßt) verlangte Er-

ber Austrittserklärung und der Zurücknahme keine Sitzung der Gemeindevorstellung stattgefunden hat. 2. Die Gemeindevorstellung von 1927 ist vorhanden. 3. Die fraglichen 60 Mark haben die Schöffen für Dienstgänge für die Zeit vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 erhalten, die ihnen auch dem Voranschlage nach zustehen.

**Drei Finger abgetrennt.** In der hiesigen Maschinenfabrik und Eisengleiseri von Renner Nachfolger (Wrinrose) geriet der 25 Jahre alte Schlosser Arthur Seidel mit der linken Hand in die Schneidemaschine. Dabei wurden ihm drei Finger glatt abgeschnitten.

## Briefkasten

Schwarzwaldbau, Dittersbach, Blumenau, Weisklein. Die Streifen, ausgedruckt können nicht mehr veröffentlicht werden. — Landeshut. B. Der Kreisratsbericht konnte infolge seiner Länge nicht mehr für die Wochenauflage gesetzt werden.

hörung der völlig unzulänglichen Fürsorge für die nun endlich durchzuführen. Es ist wirklich fandaß, Monatsunterstützungssätze von 30 Mark für Einzelpersonen, 40 Mark für Verheiratete und Monatsätze für Kinder von 10 Mark und weniger als ausreichend zu betrachten. Die Arbeitslosen Landeshuts, Liebaus und anderer Orte bekommen ihre berechtigten Forderungen auf Gewährung von Milch, Brot- und Kohlenzulagen abgelehnt, weil keine Mittel vorhanden sein sollen und weil die Regierung, wo die Sozialdemokraten erfolgreich für die Arbeiter zu arbeiten angeben, sich gegen Forderungen hoher Beamten Recht, auch dann, wenn sie schon ungeheure Gehälter bekommen, aber noch nicht zufrieden sind. Genosse Brüdner verlangt darum Erhöhung der Armenfürsorgeätze zumindest in der Höhe wie in Langenbielau, Reichhennersdorf, Waldenburg und Breslau. Genosse Brüdner ging dann noch auf den berechtigten Kampf der Bergarbeiter um höhere Löhne ein und verlangte weitgehendste Unterstützung der notleidenden Familien durch Kreis und Gemeinden. Der Schiedspruch, der unter dem Protektorat des Sozialdemokraten Wiffel im Reichsarbeitsministerium gefällt wurde, ist eine glatte Verhöhnung der Arbeiterkraft durch einen angeleglichen Arbeitervertreter, der Wiffel immer noch sein will. Das Eintreten unseres Genossen für die streikenden Bergarbeiter paßt natürlich den Obergimmern in der Sozialdemokratie nicht, entsprechend ihrer ganzen Einstellung zum kapitalistischen System. Der gutbezahlte Konsumlagerhalter Jhmann von Rothenbach konnte es natürlich nicht verstehen, daß Unorganisierte den gleichen Willen am erfolgreichen Ausgang des Kampfes haben, wie die Organisierten. Er wollte durch Zerstückelung der Geschlossenheit der Bergarbeiterkraft die Niederlage der Arbeiter. So und nicht anders mußte die Forderung des Jhmann gegen eine Unterstützung auch der Unorganisierten gedeutet werden. Genosse Brüdner gab auf dieses schloß Benehmen die richtige Antwort. Lügen-Schiller mag sich beruhigen; nicht wir sind von den Bürgerlichen beschämt worden, sondern die Sozialdemokraten um Jhmann und Schiller sind von den Bürgerlichen beschämt worden. Festzustellen ist, daß führende Sozialdemokraten selbst die unwahre Berichterstattung durch Schiller bestätigen.

Nachdem noch vom Landrat die weitgehendste Unterstützung der Hilfsbedürftigen und eine Erhöhung der Reichsätze ab 1. Dezember zugesagt worden war, fand die Sitzung ihr Ende, mit einer anschließenden Beschäftigung der neuen Straße.

## Sagan

**Eine Zuschrift.** Kollege De la S schreibt uns zu unserem Bericht über die letzte Transportarbeiterversammlung: Es ist nicht wahr, daß der Kollege Sch. sein Mitgliedsbuch auf den Vorstandstisch legte und so seinen Austritt anzeigte. Wahr ist, daß der Kollege Sch. ein seit sechs Monaten in seinem Besitz befindenes Mitgliedsbuch auf den Tisch legte, und daß ich mich deshalb auch gar nicht mit Seppert über den Austritt des Kollegen Sch. auseinandergesetzt habe, da der Betreffende bis heute noch nicht ausgetreten ist.

## Glogau

**Spiegel und Denunzianten am Berl.** Wie in allen Orten, wo die Kommunisten aktiv für die Befreiung des Proletariats sich einsetzen, Spiegel und Denunzianten gegen sie losgelassen werden, so entsafsten sie auch ihre Tätigkeit in Glogau. Schon beim Hindenburg-Kummel waren auf Grund sozialdemokratischer Denunziation Genossen verhaftet worden, wenn die Kommunisten nicht schlauer gewesen wären. Jetzt geht man dazu über, auf Grund einer Denunziation der Genossen Jonza wegen Hindenburg („Majestätsbeleidigung“) der weissen Justiz auszuliefern. Eine angebliche Äußerung in der Ansprache am 12. 10. auf dem Franziskanerplatz soll ihm das Genid brechen. Werkätige, Erwerbslose, Augen auf! Erkennt, daß die Kommunisten trotz allem Haß und Verfolgung eure Rechte vertreten! Bestellt sofort die „Arbeiter-Zeitung“ und informiert euch aus ihr!

## Hagnau

Zum Volksbegehren sind am hiesigen Orte 102 Eintragungen erfolgt.

# Das Urteil im Hagnauer Polizei-Prozess

Am letzten Tage des Prozesses gegen die neun Hagnauer Polizeibeamten war der Justizsaal des großen Landgerichtshalles wieder überfüllt. Die Verhandlung begann mit der Vernehmung eines heute noch von der Verteidigung genannten Entlastungszeugen, dessen Aussagen jedoch unwesentlich waren. Alsdann folgte das Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Boythe. Nach etwa einstündiger Aussprache kam er zu folgenden Anträgen: gegen Polizeikommissar Felle 8 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung im Amte, gegen Schüler und Rixdorf 4 Monate, gegen Weigang und Seibt 2 Monate Gefängnis wegen derselben Vergehen. In den übrigen Fällen wurde Freisprechung beantragt. Nach ihm sprach Rechtsanwalt Dr. Scheyer. Er plädierte selbstverständlich auf Freisprechung der sämtlichen Angeklagten, da er mit eiserner Stirn die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen bestritt.

Nach fast zweistündiger Beratung verhandelte der Vorsitzende des Schöffengerichts folgendes Urteil: Der Angeklagte Polizeikommissar

Oskar Felle wird wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Amte mittels eines gefährlichen Werkzeuges zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt; Polizeibetriebsassistent Schüler wegen des gleichen Vergehens zu 3 Monaten, Hilfspolizeibeamter Wilhelm Rixdorf zu 1 Monat und Hilfspolizeibeamter Adolf Fritsch zu 20 Mark Geldstrafe. In den übrigen Fällen erfolgte Freispruch.

In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es sei als erwiesen anzusehen, daß die Beurteilten ihre Amtsbefugnisse bei der Verhaftung der Arbeiter überschritten hätten. Die Anwendung eines Gewaltsmittels und Mißhandlung eines Gefesselten ist nicht gerechtfertigt gewesen. Besonders verwerflich sei, daß die Polizeibeamten einen Verhafteten sofort prügelten. Daher wurde den beiden Hauptbeteiligten Felle und Schüler die Zubüßung mildernder Umstände verjagt. Vom Verteidiger wird gegen dieses Urteil, soweit Beurteilung erfolgt ist, Berufung eingelegt werden.



# Oberschlesien

## Wohnungseld in der Stadt des „Retters“

Folgende, fast unglaublich und doch in der Stadt des „Retters“ bestehende Zustände gibt es. Vielen sind die Baracken vom 4. Juli am schändlichen Krankenhaus bekannt. Schon von außen machen diese selber einen fürchterlichen Eindruck. Innen sieht es noch schlimmer aus. In diesen elenden Höhlen hausen Menschen zusammengedrängt. Diese Höhlen, als Wohnungen können sie nicht angesprochen werden, sind der Stadt von Krankheiten. Was macht die Stadtverwaltung dagegen? Der Magistrat hat nichts Besseres zu tun, als die „höhen“ Gebiete von answärts, die die Not in Hindenburg kennen lernen wollen, zu empfangen und bewirten zu lassen. Die Tausende von Mägen entlasten, „Bewirtungskosten“ tragen die wertvollsten Steuerzahler. Die auswärtigen Besuche führte man im Auto durch die eindringenden passierbaren Straßen nach dem Kasino, und am Abend verschwanden sie nach „mildester“ Beschäftigung. Denken wir noch an den Besuch des „Retters“ selbst, der nur einigen Stunden in seiner Baracke weilte, 20000 Mark lohnte und nachher von Berlin im Dankschreiben feststellte, daß die Stadt die Notzeit überwunden habe. Das ist ein dritter Höhepunkt auf dem Elend in Hindenburg. Die Arbeiter bezahlen die Höhe, und zum Schluß werden sie noch verhöhnt.

Man sage nicht, das Wohnungsamt tut nichts! Folgender Fall zeigt eine Arbeit desselben: In der Baracke 26 bewohnt ein Invalid ein Raum von 24x8 Meter. Er nahm in diesen Raum eine

Familie mit einem Kinde auf. Inzwischen wurde ein Raum von 2x8 Meter frei. Die Familie überföhrte in diesen leer gewordenen Raum. Bei dem Wohnungsmängel fand sich eine andere Familie, die ohne Wohnung war, bei dem Invaliden ein. Nun geschah folgendes ungläubliche Tat des Wohnungsamts. Die Familie, die in den leer gewordenen Raum zog, wurde ausgezogen und ein gewisser Kowalski, der mit Frau und Kind auf dem Reigensteinplatz lampterte, wurde in diesen Raum eingeseht. Die ausgesetzte Familie zog auch noch zu dem Invaliden in den „großen“ Raum, so daß dort sieben Personen hausen müssen. Der Magistrat machte es sich leicht bei der Beschaffung eines Raumes für einen Bürger, der auf dem Reigensteinplatz lampterte. Das Vorgehen zeigt die Brutalität gegenüber den proletarischen Arbeitern.

Das Resultat der Wohnungsbaupolitik des Magistrats ist, daß in diesem Jahre noch keine einzige Wohnung errichtet worden ist, um bezogen werden zu können. Der Schwarzweißrotgoldne Magistrat zeigt seine völlige Hilflosigkeit, wenn nicht gar Sabotage, bei der Bekämpfung der Wohnungsnot. Nicht mit nationalsozialistischen Hindenburg-Rummeln wird die Wohnungsnot beseitigt, sondern durch den Kampf aller Wohnungslöser gegen das jetzige System. Fort mit dieser Republik, die Panzerkreuzer und nicht Wohnungen für die Arbeiter baut!

lösung sofort gesperrt. Er erhielt nicht nach 14 Tagen, sondern erst nach acht Wochen Beschäftigung in seinem Fach. Die Spruchkammer entschied, daß keine Arbeitsverweigerung im Sinne des Gesetzes vorliege und ihm daher die Unterstützung für die acht Wochen nachgezahlt werden müsse.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag um 10 Uhr statt.

Er macht sich. Dem Oberpräsidenten und krummen Zentrumsmann Dr. Proke ist ein großes Peil mitbesprochen. Er ist von der Breslauer Universität zum Ehrensenator ernannt worden. Deshalb wohl?

Alten- und Sozialrentner! Die Zahlung der Rentenunterstützung findet am Montag, dem 29. Oktober, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner am Dienstag, dem 30. Oktober, von 9-18 Uhr in der Bahnhalle des Wohlfahrtsamtes, Baraden, Malapaner Straße, statt.

Ein neues Postamt. Seit einigen Tagen ist in der Altstadt ein neues Postamt Nr. 4 in Betrieb genommen. Es befindet sich auf der Schillerstraße im Gebäude der „Wohlfahrt“. Dienststunden sind von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Mit Ausnahme von Wertbriefen und Wertpaketen werden sämtliche Postfächer entgegengenommen.

## Ost-Oberschlesien

Die Lohnverhandlungen für die ostoberschlesische Schwerindustrie. Der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie hat den Schließungsdruck, der eine 6 1/2-prozentige Erhöhung der Angestelltengehälter vorseht, abgelehnt. Die Arbeitsgemeinschaft der ostoberschlesischen Angestelltenverbände hat daraufhin beim Warschauer Arbeitsministerium Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gestellt. Die Führer der einzelnen Angestelltenorganisationen sind in den letzten Tagen beim Demobilmachungskommissar vorstellig gewesen, um die Verbindlichkeitsklärung zu beschleunigen. Der Demobilmachungskommissar, Ingenieur Gallott, hat sich nach Warschau begeben, um wegen der gleichzeitigen mit der Ueberleitung in den Achtundzweiundzwanzigsten Frage einer Gehaltserhöhung für die Angestellten in der Schwerindustrie zu verhandeln.

## Briefkasten

D. R. Notiz lief erst am Sonnabend ein. Wochenausgabe wird in der Nacht von Freitag zu Sonnabend umbrochen. — Peisfreizeit. T. Der Bericht über Gründung des katholischen Arbeitervereins wird in der kommenden Wochenausgabe veröffentlicht. — Sonntags. Die in der Delegiertenversammlung angenommene Entschließung ist veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung des übrigen Teils des Berichts muß unterbleiben, weil inzwischen die Knappheitswahl fertiggefunden haben. — Wladislaw. J. S. Anknüpfung für Volkseinstieg lief leider erst Sonnabend früh ein und konnte deshalb nicht mehr veröffentlicht werden.

**Diese Zeitung weiterzugeben ist Werbearbeit**

## Aus der Partei

Achtung, Ortsgruppen! Bis zum 19. Oktober hatten nachstehende Ortsgruppen nicht die am 10. Oktober fälligen Septemberbeiträge abgerechnet: Beuthen, Bobref, Miedowitz, Karl, Wogolin, Kraspitz, Rothfeld, Walschlaw, Komornitz, Markowitz, Kallbor, Sojel, Laband, Müttendorf, Ötropa, Peisfreizeit, Friedland, Alt-Boppelen, Wawitan, Friedrichsgrätz, Komtowitz, Bankau, Ober-Blagau, Niederdorf, Gajfel, Rosenbergr, Schimischow, Alt-Gleiwitz, Elbowitz.

Montagsabgaben gelten nicht als Abrechnung. Wir ersuchen alle genannten Ortsgruppenleitungen, für sofortige Abrechnung Sorge zu tragen. Eventuell sind bis zum 25. Oktober, wie im Arbeitsplan vorgelesen, die Sammlungen und Sammelmarken zum Volksbegehren reiflos abzurechnen. — Bezirksleitung Oberschlesien der SPD, Abteilungs Kasse.

## Gleiwitz

2054 Arbeitslose. Nach dem amtlichen Bericht des Arbeitsamts Gleiwitz liegt die Arbeitslosigkeit in dieser Berichtswoge von 227 der Vorkrieger auf 648, desgleichen die Arbeitslosigkeit von 167 der Vorkrieger auf 170. Kurzzeitarbeiterunterstützung ist an 14 männliche und 71 weibliche Personen gezahlt worden.

## Hindenburg

Die Sorgen eines Oberbürgermeisters. Der Oberbürgermeister H. u. L. hat um die Stadt und somit um seine Bevölkerung seine besonderen Sorgen. In seinem Hindenburg Stadtbüro läßt dieser sorgenvolle Mann eine Notiz bringen, wo er alle ersucht, von gemachten Aufnahmen, die den „Retter“ und Baten bei seinem Besuch der Stadt Hindenburg auf Bildern festhalten, je drei Abzüge zu überlassen. Die Bilder sollen im Stadtbüro Aufnahme finden.

Die elenden Höhlen, wo Menschen hausen müssen, werden nicht im Bild festgehalten. Wo sechs und mehr Personen in einem einzigen Raum von 12 Quadratmetern wohnen müssen, da erfolgen keine Aufnahmen fürs Stadtbüro. Der Mann, der in den wertvollsten Schichten und ihrem Elend nichts gemein hat, dessen Bilder sollen das Stadtbüro besetzen. Sobald die Villa des Oberbürgermeisters für die 810000 Mark, die von Steuergebern der kleinen Leute gebaut, fertiggestellt sein wird, ist sie gleichfalls im Bild für das Stadtbüro festzuhalten.

Die elenden Bevölkerung müde erkennen, daß diese Leute nur Drohnen sind, die sie bezahlen muß. Hinweg mit diesem System! — Es lebe der Kampf um die rote Kommune!

## Kreuzburg

Ein Mann Arbeiterkassen betriegt. Den Großgavariern soll es bekanntlich sehr schlecht gehen. Besonders die „höhen“ Löhne der Sonderarbeiter sind schuld daran. Deswegen versucht man zu betrügen. Eine Frau arbeitete auf dem Dominium Bankau in der Kartoffelernte. Es wurde in Miedow geachtet. Für neun Tage sollte sie 17 Mark erhalten. Ausgezahlt wurden ihr aber nur 9 Mark. Darauf beschwerte sie sich beim Brennereiverwalter Gwert. Dieser stellt die Lohnschleusen zusammen. Raum tat sie den Mund auf, so verlangte er von ihr, daß sie den Raum verlassen sollte. In dem guten Gläubigen, daß sie im Rechte ist, sprach sie weiter. Da sprang Gwert auf und schrie die Frau an.

Kinderarbeit auf dem Lande. Um wenigstens leben zu können, müssen die Kinder der Sonderarbeiter mit arbeiten gehen. Im Dominium Bankau verpackt der Inspektor den Kindern für einen Karb Kartoffeln, den sie Hausen, 4 Pfennig. Die Kinder gingen hinter der Maschine 2 1/2 Tage her und schleppten die schweren Körbe voll Kartoffeln. Sie erhielten den schändlichen Lohn von 2 Mark. Auf

der einen Seite grenzenlose Not, auf der anderen Seite verpulvert man 500 Millionen nutzlos.

## Oppeln

Wahnsinnig gegen die „Oppelner Nachrichten“. 260 Nummern sind erschienen, ohne der „Oppelner Kurier“ glauben konnte, über die „Oppelner Nachrichten“ den Sieg errungen zu haben. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat gesprochen, und die „Oppelner Nachrichten“ als illegales und ungesetzliches Verbot. Alle Parteifunktionen des Zentrums haben sich mit diesem Bundesamt befaßt. Gift und Galle wurde von beiden gespritzt. Nun hat der Parteivorstand entschieden.

## Schon wieder ein Minister

Das neue Gebäude der Landwirtschaftskammer wird am 27. November offiziell eingeweiht, und zwar im Rahmen einer Soliveranstaltung der Kammer. An der Einweihungsfeier wird der preussische Minister für Landwirtschaft Steiger teilnehmen. Wann werden diese kostspieligen Ministerbesuche endlich einmal aufhören?

## Von der Spruchkammer des Arbeitsamtes

Vor der Spruchkammer des Arbeitsamtes Oppeln fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Arbeitsamtsvorsprechenden Stanke am Freitag vergangener Woche eine Spruchkammeraburteilung statt, die sich mit über einem Duzend Einsprüche befaßte. Aus der Fälle wollen wir nur zwei herausgreifen. Zwei Arbeiter werden, 14 Tage bevor der Streik im Hüttenwerk Königshub begann, krank. Während des Streiks werden sie gesund; man verlangt, daß sie sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Da beide keine Streikbrecherarbeit verrichten wollten und dem Gesetz nach auch nicht dazu gezwungen werden konnten, lehnten sie die Arbeitsaufnahme ab. Die Folge war sofortige Entlassung. Die Entlassungspapiere wurden so ausgestellt, daß eine Erwerbslosenunterstützung nicht in Frage kommen sollte. Der Spruchauspruch entschied nach kurzer Beratung, daß beide vom Tage der Entlassung die Unterstützung nachgezahlt erhalten. Ein anderer Fall. Ein Maurer aus Tarnau ist erwerbslos. Vom Arbeitsnachweis wird ihm Arbeit im Kalkwerk zugewiesen. Er geht dorthin und sagt dem Unternehmer, daß er in etwa 14 Tagen wahrscheinlich als Maurer wieder Beschäftigung erhalten wird. Der Unternehmer verweigert daraufhin die Einstellung. Arbeitsverweigerung des Unterstühtungsbezieheres lag demnach nicht vor. Trotzdem wurde ihm die Unter-

# Denkt an die Winterhilfe der RHD.

## Wir haben gefiegt

Ein Brief aus dem Geradger Justizhaus.

Drei Wochen nach Erhalt des Htelars über die Verhaftung des Regimes werden in die Männerabteilung unserer Strafanstalt drei neue politische Gefangene gebracht. Ein 16jähriger Junge und zwei von 17 Jahren. Der Gefängnisdirektor Kapustinoff ließ sie in die Halle der lebenslänglichen verurteilten Warden, wo schon viele politische Gefangene auf geheimen Befehl der Verwaltung von Kriminalverfahren mißhandelt wurden. Es wurde beschlossen, sofort einen sehr energiegelassen Protest gegen diese Anordnung des Direktors zu erheben, und die sofortige Ueberführung unserer Genossen zu den politischen Gefangenen zu verlangen.

Der Direktor, ein entmenschlischer Anhänger der faschistischen Willkürregierung, beantwortete unseren Protest mit folgenden Worten: „Was mich selbst anlangt, weiß ich sehr wohl, was es bedeutet, Jugendlinge mit professionellen Banditen zusammen einzusperren. Sie müssen aber verstehen, daß ich es auf Befehl oberer Behörden tue, da mir sonst die Entlassung droht. Ich kann mich hier an die höhere Behörde wenden und eure Bitte vorlegen. Wenn sie gütlich erlischt, werde ich sofort die nötigen Maßnahmen treffen.“ Der Delegierte bemerkte, daß wir nicht billigen, sondern fordern. Dann sprach der Direktor, der die Entschlossenheit unserer Genossen wohl sah, um sechs Uhr abends Antwort zu haben.

Um sechs Uhr verlangte ein Delegierter, beim Direktor sprechen zu können. Man erwiderte ihm, daß derselbe schon im Gefängnis sei. Man sah es gleich, daß dies Besuchen des Direktors die Antwort für uns war, daß er unsere Forderungen nicht ernst nehmen will, und daß man daher mit der größten Entschlossenheit aufzutreten mußte. Das Gebäude erschallte von den Klängen der Internationale und wie verlangten, daß der Direktor zu uns komme. Man beschloß, in den Hungerstreik einzutreten, es gab keine andere Lösung. Unser Singen wurde weit draußen in der Stadt gehört und hat auch den

Direktor auf seinem Spaziergang gestört. Aufgeregt wie noch nie, lief er ins Gefängnis zurück und rief den Delegierten zu sich. Dieser wiederholte ruhig die gestellte Forderung. Der Direktor schrie ganz außer sich: „Hier bin ich der Direktor! Ich erkenne eure Forderung nicht an. Werde euch Waischen schon zum Schweigen bringen!“ Es blieb uns nichts anderes übrig, als am nächsten Morgen den Hungerstreik zu erklären.

Das Frauengefängnis ist etwa hundert Meter von der Männerabteilung entfernt und ist von hohen und dicken Mauern umgeben. Jedoch hatten wir, trotz aller strengen Gefängnisvorschriften, eine ständige Verbindung mit dem Männergefängnis und wurden bald über die Verhältnisse dort unterrichtet. In einigen Minuten wurden alle Lebensmittel, die sich bei uns befanden, aus den Zellen in den Gang hinausgeworfen. Man wählte eine kleine Gruppe zur Festlegung der Forderungen. Wir haben oft und lange über den Gefängniszustand der Genossin G., die sich schon fünf Jahre im Gefängnis befindet und seit einigen überhaupt nicht mehr aus dem Zellbereich herauskommt, nachgedacht. Wir beschloßen, daß sie dem Hungerstreik nicht ausgesetzt werden dürfe. Die Genossin G. verweigerte dies auf das entschiedenste und wollte den Kampf mit uns führen. Wir verlängerten ihre Ueberführung ins Spital, der Direktor haite es aber abgeschlagen. Da sind wir noch am gleichen Tage um zehn Uhr alle in den Hungerstreik getreten.

Die Stunden vergingen langsam und schleppend. Nur in den Augenblicken, wo wir Nachrichten von den Genossen erhielten, wurde es etwas lebhafter unter uns. Ein kurzer Meinungsaustrausch, und dann wiederum dasselbe tiefe Schweigen. Jeden Tag derselbe Hungerstreik, dasselbe Verdrüß im Gang und dasselbe Gesicht der Wärterinnen. Am schwersten war es in der Nacht. Die Wachen wurden immer lauer. Das Licht wurde um 6.30 Uhr statt um 9 Uhr abgedreht, um die Zeit für die Lesarten zu verkürzen. Man ließ uns nicht einmal das Klosett benutzen und spazierengehen, gab uns die Zettungen und die Briefpost nicht heraus.

So vergingen zwei Tage, drei, vier Tage. Keine Antwort, keine Ueberlegung. Der fünfte Tag brachte uns neue Schickalen. Um zehn Uhr kam der Inspektor, begleitet vom Direktor und einer ganzen Schar von seinen Gehilfen. Den Befehl „Dabt Acht“, erwiderten wir mit Todesstille. Der Inspektor teilte uns mit, er werde, um uns dafür zu bestrafen, daß wir es wagten, einen Protest zu erheben, uns den Gefängnisvorschriften zu widersetzen, und unsere Wachen, Zeitungen, Briefe, Spaziergänge, Welt, Wäsche und Kleider, außer dem, was wir auf dem Leibe hatten, entziehen. Die Delegierte protestierte ganz entschieden und erklärte, daß wir uns nicht fügen und unsere Sachen nicht abgeben werden. Da befahl der Direktor, alles mit Gewalt zu holen und die Delegierte zu „beschnitten“. Die Genossen warteten nur auf diesen Befehl und warfen sich mit den Klauen auf uns. Es fand eine Schlägerei statt, in der wir uns mit allen Kräften verteidigten, solange man uns nicht entwaffnete und bei den Säcken in den Käfigen über die Treppe heruntergeschleppt. Dort lag man uns alle Kleider vom Leibe und ließ uns bloßfüßig nackt in den dunklen, fensterlosen, nie geheizten Zellenzellen mit kleinem Fußboden streng hintereinander hockern. Eine kurze Zeit darauf erkante aus einer Zelle eine schwache Stimme, die langsam das „Internationale“ vorsang. Wir stellten mit vollen Stimmen ein.

Am Morgen erließen der Direktor: „Unter fünf sind schon gestorben.“ erklärte er, „wollt ihr den Hungerstreik fortsetzen, oder genügt es euch?“ Einem Moment waren wir wie erstarrt. — Wie leicht spricht er die Wahrheit? Ein erschütternder Gedanke lief durch unser Bewußtsein. Dies dauerte aber nur einen Augenblick. „Ja!“ sagte alle hoch und als Antwort. Der Direktor schrie durch die Tür in den Gang hinaus fort. Schon hörte man wieder das Singen einer Kampfsmelodie, die einem Kraft und übermenschliches Aushalten verleiht.

Nach einigen Minuten wurden wir, ohne unser Wissen, wieder in die gewöhnlichen Zellen zurückgeführt und gleich darauf kam die Nachricht von unseren Genossen: „Hungerstreik einstellen, die Zellen gefiegt!“



